

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol GRÜ**

Salafismusprävention für Frauen und Mädchen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert ein bayerisches Präventions- und Deradikalisierungsprogramm für den Bereich des Salafismus und gewaltbereiten Islamismus zu erarbeiten, dass sich speziell an Mädchen und junge Frauen wendet.

Begründung:

Der gewaltbereite Salafismus und Dschihadismus ist für Mädchen und Jungen gleichermaßen attraktiv. Der Gruppe der Frauen kommt hier immer größere Bedeutung zu. Mittlerweile sind bis zu 20 Prozent der Personen, die aus Deutschland ausreisen, um sich in Syrien oder dem Irak dem sog. Islamischen Staat anzuschließen, weiblich. Der sog. Islamische Staat wendet sich mit entsprechender Propaganda eigens an weibliche Unterstützerinnen und unternimmt hier intensive Rekrutierungsversuche. Diese Ergebnisse gingen aus der Anhörung zur „Lage und Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung, insbesondere bei jungen Menschen“ hervor, die der Bayerische Landtag auf Antrag der Grünen Fraktion am 21.10.2015 durchgeführt hat.

Die Expertinnen und Experten betonten, dass in Bezug auf die Anwerbung von weiblichen Sympathisanten einige Besonderheiten zu erkennen seien. So stellt der Dschihadismus für Mädchen, die in konservativ-patriarchalen Familienstrukturen aufwachsen und ihre eigene Persönlichkeit dort oft nur bis zu einem bestimmten Grad entwickeln können, ein vermeintlich emanzipatorisches Angebot dar. Gleichzeitig bietet die Ideologie des sog. Islamischen Staats den jungen Frauen eine vermeintliche Möglichkeit sich im Rahmen einer konservativen Frauenrolle selbst zu verwirklichen, z.B. als Ehefrau an der Seite eines „Mujahid“ oder als Mutter seiner Kinder.

Bislang liegt die Blickrichtung von Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen noch zu wenig auf diesen frauenspezifischen Aspekten. Erschwert wird eine Präventionsarbeit bei jungen Frauen auch dadurch, dass die Radikalisierungsprozesse bei ihnen oft wesentlich abgeschotteter ablaufen, als bei gleichaltrigen Jungen.

Die Staatsregierung ist deshalb aufgerufen, bei der Präventionsarbeit gegen Salafismus und gewaltbereiten Islamismus Mädchen und Frauen wesentlich stärker als bisher in den Blick zu nehmen und hierfür ein spezielles Programm anzubieten, dass gemeinsam mit Vertreterinnen

und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie mit muslimischen Verbänden zu erarbeiten ist.